

Nr. XIX. GP.-NR
275 /J
1994 -12- 22

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Alfred BRADER, Kurzbauer
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Sicherungsanlage Eisenbahnkreuzung (EK) km 27.737 "Venusbergerstraße".

Dem Erstunterzeichner wurden in den letzten Jahren von seiten der Bevölkerung der Stadtgemeinde Traismauer, Bezirk St. Pölten, wiederholt Beschwerden über die unzureichende Funktionstüchtigkeit der Sicherungsanlage der Eisenbahnkreuzung km 27.737 "Venusbergerstraße" vorgetragen.

Die Beschwerden beziehen sich vor allem auf die langen Wartezeiten vor der häufig geschlossenen Schrankenanlage. Wiederholt mußte beobachtet werden, daß nach Öffnen der Schrankenanlage die beiderseitig aufgestauten Fahrzeugkolonnen es nicht schafften, die Eisenbahnkreuzung zu überqueren, bevor sich die Schranken wieder schlossen. Da sich die EK direkt neben zwei großen Betrieben befindet, kommt es durch den täglichen Berufsverkehr zu erheblichen Staubildungen. Behindert wird der Fließverkehr überdies durch Lastkraftfahrzeuge, die ohnedies Schwierigkeiten haben, den Kreuzungsbereich zu überqueren. Da sich dieser neuralgische Kreuzungsbereich in unmittelbarer Nähe der Volks- und Hauptschule von Traismauer befindet, kommt es auch zu einer akuten Gefährdung der Schüler.

Die verkehrstechnisch seit langem unbefriedigende Situation führte im Sommer 1994 zu konkreten Gesprächen zwischen Vertretern der Stadtgemeinde Traismauer und Beamten der Österreichischen Bundesbahnen. Ergebnis dieser Verhandlungen war, die bestehende Sicherungsanlage der Eisenbahnkreuzung km 27.737 "Venusbergerstraße" durch eine halbautomatische Vollschrankenanlage mit Lichtzeichen zu ersetzen.

Bei der letzten Besprechung am 8. August 1994 legten jedoch die Vertreter der ÖBB ein Umbaukonzept mit einer Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde von über zwei Millionen Schilling vor. Da diese Forderungen die finanziellen Möglichkeiten der Stadtgemeinde und die Akzeptanz der Gemeindebürger bei weitem übersteigen, wurden diese Gespräche ergebnislos beendet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

ANFRAGE:

1. Ist Ihnen die oben genannte Problemstellung bekannt?
2. Welche Maßnahmen werden Sie veranlassen, um diese, für die Bevölkerung untragbare, Situation zu verbessern?
3. Gibt es von seiten Ihres Ministeriums Vorstellungen, der Stadtgemeinde Traismauer finanziell entgegenzukommen?
4. Bis zu welchem Zeitpunkt kann das oben genannte Vorhaben verwirklicht werden?